

# C·A·PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik  
 Forschungsgruppe Deutschland  
 Forschungsgruppe Europa  
 Forschungsgruppe Jugend und Europa  
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen

## Systemwandel auf dem Prüfstand

Verleihung des Carl Bertelsmann-Preises 2001



Sorgen dafür, dass ihre Länder den Umbruch meistern: Glückwünsche an Adam Michnik, Tadeusz Mazowiecki, Leszek Balcerowicz, René Blattmann und Ana Maria Romero de Campero (v.l.n.r.) von C·A·P-Direktor und Präsidiumsmitglied Professor Werner Weidenfeld (außen links) und dem Präsidiumsvorsitzenden der Bertelsmann Stiftung Reinhard Mohn (außen rechts)

Am 11. September, zum Zeitpunkt, als sich Experten bei der Verleihung des Carl Bertelsmann-Preises 2001 über die Gestaltung von Entwicklungs- und Transformationsprozessen austauschten, machten die Terrorattentate in Amerika auf drastische Weise deutlich, dass die Bewältigung von Modernisierungsprozessen mehr ist als ein regionales Problem. Entwicklung und Demokratie sind im Gegenteil wohl die wichtigsten präventiven Instrumente gegen politische Radikalisierung, Terror und Krieg. Demokratien führen keine Kriege gegeneinander; offene Marktwirtschaften suchen den friedlichen Interessenausgleich. Die Unterstützung des Wandels liegt daher im vitalen und wohlverstandenen Eigeninteresse der modernen marktwirtschaftlichen Demokratien.

In jedem Jahr untersucht die Bertelsmann Stiftung außergewöhnliche Lösungen für politische Schlüsselprobleme und prämiert diese mit dem Carl Bertelsmann-Preis. 2001 stand die Gestaltung des Wandels im Mittelpunkt: Wie können Entwicklungsprozesse, wie kann der Wandel zu Demokratie und Marktwirtschaft effektiv und friedlich gesteuert werden? In welchen Staaten ist dies besonders gut gelungen? Wer hatte maßgeblichen Anteil daran?

Professor Werner Weidenfeld, Direktor des C·A·P und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung, stellte in seiner Laudatio die diesjährigen Preisträger vor: „Mit Polen und Bolivien konnten zwei vorbildhafte Staaten identifiziert werden, die auf ihrem Entwicklungsweg eine besonders weite Strecke erfolgreich zurückgelegt und gestaltet haben“. Polens Transformation sei nur durch das Zusammenwirken dreier unterschiedlicher Persönlichkeiten denkbar gewesen: Tadeusz Mazowiecki,

*Fortsetzung auf Seite 3*



### C·A·Prolog

Politische Zeitenwenden 2

### C·A·Programm

Carl Bertelsmann-Preis 3

„Geist & Zeit“: Politik in Mediendemokratien 4+5

Transatlantische Solidarität 6

Ausweitung der Stabilitätszone 7

Präsentation des Deutschland-Trendbuchs 8

Der Euro schafft und braucht europäische Identität 9

Balkan-Verhandlungen 10

Die Rolle der Europäischen Sicherheitspolitik 11

Münchener Risikotage 11

Gemeinsinn-Werkstatt 12

Das Sicherheitsverständnis der Jugend 12

Die Finanzierung politischer Bildungsarbeit 13

C·A·Personalia 14

### C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 15

### C·A·Postskriptum

Sinkt der Stern der Nato? 16

C·A·Planung 16

## Politische Zeitenwenden

Der 11. September, die Währungsunion und die Osterweiterung der Europäischen Union markieren hinter uns und vor uns liegende Zeitenwenden. Europäische Politik wird davon substanziell berührt. Dies richtet die prospektive Arbeit des Centrums für angewandte Politikforschung aus.

Mit religiös-fundamentalistischen Terrorattacken hatte man nach Expertenmeinung rechnen müssen. Doch der 11. September steht für eine andere Qualität der terroristischen Bedrohung. Jenseits konkreter Antiterrormaßnahmen, strategischer Allianzen oder militärischer Maßnahmen rückt damit die langfristige, enorme Bedeutung einer neuen Entwicklungspolitik in den Blick, die auch als Prävention vor gewaltsamen Aktionen und bewaffneten Auseinandersetzungen verstanden werden muss. Das Verhältnis von wirtschaftlicher Modernität, staatlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Stabilität gerät damit in ein neues Licht. Das C·A·P hat hierzu bereits in den letzten Jahren intensiv geforscht. Mit dem Projekt „Transformation zu Marktwirtschaft und Demokratie“ hat es zusammen mit einem Netzwerk ausgewiesener Experten die Kriterien für erfolgreiche Transformationsprozesse analysiert, auf dessen Grundlage die Bertelsmann Stiftung konkrete Transformationsleistungen besonders erfolgreicher Akteure und Länder in diesem Jahr prämierte: Ein herausragendes Ereignis für alle Beteiligten, dem wir mit dem Aufmacher des Newsletters in besonderer Weise gerecht werden wollen.

Am 1. Januar 2002 ist es soweit: Der Euro ist da und die Bürger Europas werden die neue Währung erstmals sinnlich erfahren. Damit wird die Währungsunion materialisiert, und die Menschen können die alltäglichen Vorzüge einer gemeinsamen Währung in Anspruch nehmen. Doch jenseits von Preistransparenz, der Bequemlichkeit auf Reisen oder dem Wegfall von Gebühren: Der Euro wirft weiterhin Probleme und Fragen auf. Wird er die europäische Identität stärken? Gewinnt er international an Gewicht? Trägt er zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität in Europa bei? Hier gibt es noch manches „Wenn und Aber“, das die Politikberatung bei der Bewertung zu berücksichtigen hat. Nach dem Gipfel von Nizza macht der Rückzug auf nationale Interessen Sorge, und die Frage ist angebracht, wie europäisch ausgerichtetes wirtschaftspolitisches Handeln die Bemühungen der Europäischen Zentralbank in Zukunft wirksam unterstützen kann. Das C·A·P behält dieses Thema auch in Zukunft im Blick und schlägt in dieser Ausgabe den Fächer der Euro-Folgefragen auf.

Den möglichen „Big Bang“, die gleichzeitige Aufnahme von zehn neuen Mitgliedstaaten in die Europäische Union 2004, schließt die Europäische Kommission nicht aus. Dies fordert auch die Politikberatung heraus. Das C·A·P hat deshalb die Optionen, Probleme und Chancen dieses Szenarios untersucht und weist in einem neuen Strategiepapier auf die unbeantworteten Fragen einer großen Erweiterungsrunde hin ([www.cap.uni-muenchen.de/pub/big\\_bang.html](http://www.cap.uni-muenchen.de/pub/big_bang.html)).

An dieser Stelle gäbe es noch mehr aus den Forschungsgruppen und Projekten des Centrums zu berichten. Doch lesen Sie im folgenden selbst, wo das C·A·P seine Schwerpunkte gesetzt und wie es seine Initiativen weiter entwickelt hat. Tagesaktuell informiert auch unsere Homepage [www.cap.uni-muenchen.de](http://www.cap.uni-muenchen.de), die einen kräftigen Relaunch erhalten hat, um Sie in Zukunft noch transparenter und aktueller über die Aktivitäten und Standpunkte des Centrums auf dem Laufenden zu halten.

C·A·Panorama erreicht Sie in einer besinnlichen Zeit. Uns allen wünsche ich eine fröhliche Weihnacht und ein gesundes, friedliches neues Jahr 2002.



Jürgen Turek  
Geschäftsführer des C·A·P

*Jürgen Turek*

Fortsetzung von Seite 1

dem ersten Ministerpräsidenten nach dem Umbruch, gelang die richtungweisende Steuerung und Integration in der schwierigen Anfangsphase. Der damalige Finanzminister Leszek Balcerowicz leitete konsequent die marktwirtschaftliche Transformation ein und bildete somit ein stabiles Fundament für weitere Reformschritte. Adam Michnik, der dritte polnische Preisträger, verkörpert den Aufbau der für diesen Prozess immens wichtigen Zivilgesellschaft.

Die herausragende Entwicklungsleistung Boliviens steht in engem Zusammenhang mit der Etablierung von Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung. Dies drückt sich auch in der Auswahl der Preisträger aus: René Blattmann, Justizminister von 1994 bis 1997, hat in Bolivien erstmals ein rechtsstaatliches Fundament gelegt und auch nach seiner Amtszeit für Bürgerbeteiligung gestritten. Ana María Romero de Campero sorgt seit 1998 als bolivianische Ombudsfrau dafür, dass die Interessen der Bürger vertreten und rechtsstaatliche Verfahren eingehalten werden.

Ziel der Preisverleihung war, der politischen Diskussion über Chancen und Möglichkeiten des Systemwandels und dessen Unterstützung neue Impulse zu geben. Vorausgegangen waren umfangreiche Vorarbeiten. Gestützt auf die Ergebnisse der Forschungsarbeiten am C·A·P wurden rund 150 Kriterien entwickelt, mit deren Hilfe insgesamt 59 Entwicklungs- und Transformationsprozesse auf den Prüfstand gestellt und verglichen wurden. Erfreuliches Resultat war, dass trotz der immensen Schwierigkeit bei der Gestaltung des Wandels weltweit erfolgreiche Lösungsmodelle ausgemacht werden konnten. So beeindruckten außer den Preisträgern in der Kategorie der fortgeschrittenen Transformationsstaaten beispielsweise noch Ungarn, Taiwan, Slowenien, Südkorea und Uruguay durch ihre Leistungen. Außergewöhnlich erfolgreiche Leistungen in Mali und Mauritius konnten das Entwicklungspotenzial dieser beiden Staaten erheblich verbessern.

Ganz in der Tradition früherer Carl Bertelsmann-Preise soll die Preisverleihung nicht das Ende der aufwändigen Recherchen und einer intensiven Arbeitsphase sein sondern eher ein Aufbruch. Da sich die nützlichsten Lernerfahrungen für künftige transformationswillige Akteure und Staaten aus den bereits stattgefundenen Prozessen ableiten lassen, bilden die Strategien, Erfolge aber auch Fehler der untersuchten Staaten eine wichtige Wissensquelle zur weiteren Erarbeitung von entsprechenden Strategien. Die Projektteams aus Gütersloh und München werden daher auch in Zukunft die gewonnenen Erkenntnisse nutzen und zum Thema weiter arbeiten.

Weitere Informationen in der Dokumentation „Den Wandel gestalten – Strategien der Transformation“ (siehe C·A·P-Anthologie 2/01) und unter [www.carl-bertelsmann-preis.de](http://www.carl-bertelsmann-preis.de)



Thomas Middelhoff, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG...



... und C·A·P-Direktor und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung Professor Werner Weidenfeld



Gäste, Preisträger und Juroren nach der Preisverleihung: Bundestagspräsidentin a.D. Professor Rita Süßmuth; der polnische Ministerpräsident a.D. Tadeusz Mazowiecki; Liz Mohn, Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung; Professor Werner Weidenfeld (linkes Bild); und Reinhard Mohn, Stifter und Präsidiumsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung, Josef Janning, stellvertretender Direktor des C·A·P und Professor Werner Weidenfeld (rechtes Bild, jeweils

## Politik in Mediendemokratien

Nie waren Medien und Politik derart voneinander abhängig wie heute. Welche Bedeutung hat die mediale Inszenierung von Politik für das politische Handeln? Findet durch Mediatisierung, Amerikanisierung und Personalisierung eine Substanzverschiebung der Politik statt? Wie werden Medien und Politik das Wahljahr 2002 gestalten? Diese Kernfragen waren Gegenstand des Kolloquiums „Darstellung und Entscheidung in der Mediendemokratie“, das C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld Anfang November in Berlin moderierte. Das C·A·P widmet sich mit der Reihe „Geist und Zeit“ in Zusammenarbeit mit Philip Morris Deutschland regelmäßig Grundfragen der politischen Kultur.



Leidet die Glaubwürdigkeit, wenn Botschaften zu sehr zugespitzt werden? Die Generalsekretäre von CDU und FDP, Laurenz Meyer und Cornelia Pieper

Der PR-Profi Moritz Hunzinger zeichnete den Weg einer handwerklich gelungenen Inszenierung von Sympathie durch Kommunikation und Aktionen nach. Laut Dagmar Wiebusch, Leiterin der Berliner Agentur ECC Public Affairs, sind die Massenmedien zur zentralen Instanz von Herrschaftslegitimation und politischer Intervention geworden. Damit habe auch die symbolische Dimension des Politischen enorm an Bedeutung gewonnen: Mediatisierte Politik bedeute einen Visualisierungszwang und verlange von Politikern, fernsehtauglich zu sein. Zugleich könne Inszenierung aber auch zur Reduktion von Komplexität beitragen; so könnten politische Inhalte besser vermittelt werden. Eine zeitverzögerte Entwicklung des deutschen Wahlkampfmanagements gegenüber dem amerikanischen diagnostizierte der Innsbrucker Politikwissenschaftler Fritz Plasser: Während in den USA bereits von inszenierter Fernsehpolitik zu marketingorientierter Zielgruppenpolitik übergegangen worden sei, befinde sich die strategische Kommunikationskultur in Deutschland noch auf dem Höhepunkt der Image- und Darstellungspolitik. Peter Radunski, Wahlkampfexperte und ehemaliger Bundesgeschäftsführer der CDU, richtete den Fokus auf den

Faktor Aufmerksamkeit, ohne den eine Wahrnehmung politischer Inhalte nicht erfolge. Als Merkmale von Überzeugungsmacht machte Radunski das Setzen von Prioritäten, ständige Wiederholung der Botschaft, Emotionalisierung und Personalisierung aus. Inszenierung stoße erst an ihre Grenzen, wenn – wie im Falle der Ereignisse vom 11. September – die Realität so stark sei, dass Inszenierung sie nicht mehr überspielen könne.

Die Herausforderungen der kommenden Bundestagswahlen beschrieben die Bundesgeschäftsführer von SPD und den Grünen, Matthias Machnig und Reinhard Bütikofer, sowie die Generalsekretäre von CDU, Laurenz Meyer, und FDP, Cornelia Pieper. Meyer sprach von der Notwendigkeit, Bilder und immer kürzere Statements zu allen Politikfeldern hervorzubringen und eine Zuspitzung der Botschaften zu leisten. Auch stehe die Politik vor der Schwierigkeit, dabei trotz allem glaubwürdig und verständlich zu bleiben. Vor dem Hintergrund dramatischer Veränderungen in der politischen Kommunikation stellte Machnig für den nächsten SPD-Bundestagswahlkampf eine systematische Verbindung von Person, Programm und Auftritt der Partei als Kernaufgabe heraus. Dagegen sah Bütikofer die Chance der Grünen gerade darin, im Wahlkampf bestimmte Themen auf die Agenda zu setzen, die trotz Relevanz für einige Bevölkerungsgruppen in den Medien momentan kaum diskutiert würden. Pieper erläuterte die „Strategie 18“ der FDP, die weg von Lagerwahlkampf und Klientelpolitik hin zum selbständigen Auftreten einer Bürgerpartei führen soll. Um im Informationsüberangebot zu bestehen, bräuchten Parteien Alleinstellungsmerkmale, welche durch das Zusammenwirken von Profil, Personen, Programm und Positionen entstünden.

Der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, wies darauf hin, dass das Streben nach Aufmerksamkeit heute weitgehend die Klärung von Sachverhalten ersetze. Dabei sei Aufmerksamkeit aber ethisch keine negative Kategorie, denn Aufmerksamkeit zähle neben Wahrheitspflicht zu den wichtigsten Brücken zwischen Medien und Moral.

Auf der Suche nach den allgemeinen Trends im Verhältnis zwischen Medien und Politik beschrieb Verleger und Mitglied des britischen Oberhauses Lord George Weidenfeld den Zustand in Großbritannien und erweiterte die Perspektive mit einer Außensicht auf Deutschland. Bei einem parallelen Trend zur Amerikanisierung der politischen Kommunikation in beiden Ländern hob Lord Weidenfeld den Trend zu mehr direkter Kommunikation zwischen Regierungschef und Wählern über die Medien – und über den Kopf der Legislative hinweg – hervor, der nirgends so schnell und weitreichend eingesetzt habe wie in Großbritannien. Neben einer exponentiell ansteigenden Zahl von professionellen Politikberatern und Kommunikationsstrategen unter der Regierung Blair stelle das „Politainment“ als inzwischen fast alltägliche Erscheinung den anhaltendsten Trend in der Beziehung zwischen Medien und Politik dar. Deutschlandspezifische Trends wollte Klaus von Dohnanyi, Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a.D., nicht ausmachen, wohl aber spezifische Besonderheiten wie die große Vielfalt und Qualität der deutschen Regionalzeitungen. Die Chancen der Digitalisierung bestünden darin, dass Politik und Medien in einem aufgefächerten Programmangebot mehr Zeit zum gegenseitigen Austausch und Verstehen zur Verfügung erhielten.

Richard Hilmer, Geschäftsführer von Infratest dimap, erläuterte die gestiegene Bereitschaft der Bürger zur Änderung von Parteipräferenzen, die Fragmentierung durch die sinkende Wahlbeteiligung einzelner sozialer Schichten und die Entkoppelung der Bürger aus dem von Politik und Medien gestalteten Kommunikationsprozess. Deutlich wurde dabei, dass Inszenierung oft durch die Realität einzelner Sachentscheidungen durchbrochen wird, manifestiert in wechselnden Zustimmungswerten in der Bevölkerung.

Der Leiter des Feuilletons der „Welt“, Eckhard Fuhr, bescheinigte der Regierung Schröder eine unvergleichlich konsequente und professionelle Nutzung der Instrumente der Mediendemokratie, in deren Folge er einen Substanzgewinn des Wahrheitsgehaltes von politischen Ritualen konstatierte. Nicht Oberflächlichkeit, Inhaltsleere und Beliebigkeit seien die Kennzeichen der veränderten Parteien- und Medienlandschaft, sondern mediale Vielfalt und Ernsthaftigkeit, die nicht neu sei und nicht erst seit den Terroranschlägen eine vermeintliche Spaßgesellschaft abgelöst habe.

In der Diskussion wurden die Dimensionen der wechselseitigen Beachtung und Verachtung von Politik, Medien und Wirtschaft aufgezeigt und eine mögliche Versöhnung von Wort, Bild und Ton durch das Internet antizipiert. Ob Politik und Medien eine gemeinsame verständliche Sprache finden, die Transparenz und Vertrauen möglich macht, ist eine Schlüsselfrage, die auch in Zukunft drängend bleibt.



Planen unterschiedliche Kommunikationsstrategien für den Bundestagswahlkampf 2002: Die Bundesgeschäftsführer Reinhard Bütikofer (Grüne) und Matthias Machnig (SPD) (v.l.n.r.); daneben C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld

## Transatlantische Solidarität und transatlantische Rücksichtnahme

Vordergründig scheint die Koalition fest zu sein: Die USA und Europa kämpfen Seite an Seite gegen die Terroristen und ihre Unterstützer in Afghanistan. Doch welche Unterschiede es links und rechts des Atlantiks gibt, erkennt man erst bei näherem Hinsehen. „Für die USA sind das keine bloßen Militärschläge. Amerika kämpft in einem Krieg, aus Selbstverteidigung heraus. Wenn die USA es für notwendig halten, den Krieg gegen ein weiteres Land wie den Irak auszuweiten, wird es dafür keine Koalition geben. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen bergen transatlantischen Streit“, sagte Professor Edwina Campbell, bis vor kurzem an der National Defense University in Washington, auf einer Expertentagung am C·A·P. Allerdings gebe es auch gute Gründe zu der Annahme, dass die transatlantischen Beziehungen langfristig auf dem guten Niveau blieben, das sie wieder erreicht hätten. „In Amerika erkennt man: Die Europäer zeigen sich jetzt mit uns solidarisch, nachdem wir fünfzig Jahre für Europa eingestanden sind. Auch wenn Europa jetzt in manchen Punkten ‘nein’ sagen mag, so ist die Grundunterstützung doch da“.



„Der Dissenz über eine mögliche Ausweitung des Kriegs kann zu neuem transatlantischen Streit führen“. Professor Edwina Campbell, Nicole Schley (C·A·P), Generalmajor a. D. Winfried Dunkel (v.l.n.r.)

Generalmajor a. D. Winfried Dunkel vom George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen bestätigte, die Alliierten der USA seien ihren Verpflichtungen bisher nachgekommen. „Wenn die USA sich allerdings weiterhin auf ihre Alliierten verlassen wollen, dann müssen sie auf deren Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. Der Kampf gegen den Terror wird lange dauern – deswegen braucht man auch langfristige Koalitionen.“ Militärisch würden die USA zwar keine Unterstützung brauchen, politische Unterstützung aber unbedingt. „Langfristige Koalitionen – nicht nur mit Europa, sondern auch mit Russland, China oder der islamischen Welt – haben ihren Preis.“

## „Keine Angst vor den Nachbarn!“ Ob die EU-Erweiterung gelingt, hängt von allen ab

Die Europäische Union steht vor der schwierigsten und größten Erweiterungsrunde seit ihrer Gründung. Letztlich wird – neben allen wirtschaftlichen und politischen Faktoren – die gesellschaftliche Ebene darüber entscheiden, ob Gesamteuropa zum Erfolg wird. Viele Implikationen der Integration müssen daher neu bedacht werden.

Vor diesem Hintergrund hatte die Forschungsgruppe Jugend und Europa Ende Oktober Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Medien und dem Bildungsbereich zu einem Symposium über das Zuwanderungskonzept eingeladen. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission, dem Polnischen Generalkonsulat, dem Tschechischen Zentrum und der Süddeutschen Zeitung statt. Zunächst diskutierten Experten aus der Wissenschaft über die generell zu erwartenden gesellschaftlichen Veränderungen, die die Osterweiterung mit sich bringen wird. Hierbei spielte besonders die Frage eine Rolle, welche Modelle denkbar sind, um zukünftige Trennlinien in Europa zu verhindern. Dabei wurde das Augenmerk auf unterschiedliche Praxisansätze im Bildungssektor auf europäischer, bundesdeutscher und kommunaler Ebene zur Vorbereitung auf die Herausforderungen der EU-Osterweiterung gerichtet. Anschließend stellten Journalisten und Politiker eine beiderseitige Verantwortung für eine gelungene Integration fest. Eine Dokumentation der Tagung ist in Arbeit.



Entstehen durch die Osterweiterung neue Trennlinien? Alwin Proost vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

## Für eine größere Stabilitätszone in Europa

Vor wenigen Monaten sah es noch so aus, als würde sich im amerikanischen Kongress keine Mehrheit für eine Aufnahme weiterer Staaten Mittel- und Osteuropas in die Nato finden. Das Meinungsbild hat sich seit dem 11. September grundlegend geändert. „Im Kongress ist die Erweiterung der Allianz kein Gegenstand mehr für Kontroversen“, sagte der republikanische Senator Richard Lugar auf der vom C·A·P veranstalteten Konferenz „Europe's Continuing Enlargement“ im Oktober.

Der Meinungsumschwung im Kongress ist bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung in Washington. Die Terrorbekämpfung hat absolute Priorität in der amerikanischen Außenpolitik und alle anderen Themen in den Hintergrund gedrängt. Darüber hinaus haben die Anschläge der Regierung und dem Kongress vor Augen geführt, dass Amerika in der Welt weiterhin Verbündete brauchen wird. Nach Ansicht von Robert Hunter, ehemaliger Botschafter der USA bei der Nato, benötigt Amerika im Kampf gegen den internationalen Terrorismus vor allem politische Unterstützung. Jedes neue Mitglied stärkt die Nato als Anti-Terror-Allianz. Vor diesem Hintergrund stellt sich für Washington nicht mehr die Frage, ob neben den 1999 hinzugekommenen Staaten Tschechien, Polen und Ungarn weitere Länder Mittel- und Osteuropas der Nato beitreten sollten, sondern wann und zu welchen Bedingungen. Bis zum Nato-Gipfel in Prag im November 2002 hat die Allianz Zeit, diese Entscheidung vorzubereiten.

Vor allem aus der Perspektive der Beitrittskandidaten hat der 11. September eine Katalysator-Wirkung entfacht. Darin waren sich die Botschafter der Slowakei, Sloweniens und Estlands in Washington, Martin Butora, Davorin Kracun und Sven Jürgenson einig. Doch nicht nur in Washington wird eine Aufnahme neuer Mitglieder in die Nato neu bewertet. Marek Siwiec, nationaler Sicherheitsberater aus Polen, bescheinigte Russland einen neuen konstruktiven Stil. Die Russen redeten wie jemand, der wisse, dass er gebraucht werde. Allerdings gibt es angesichts so viel Aufbruchstimmung auch Mahner. Bob Hunter wies darauf hin, dass Russlands Vision von der Nato für den Westen inakzeptabel sei. Moskau wünsche sich die Allianz als politisches Bündnis nach dem Muster der OSZE.

Der 11. September könnte auch die Haltung der Amerikaner zur EU-Erweiterung positiv beeinflussen. Nach Ansicht von Günther Burghardt, Leiter der Delegation der Europäischen Kommission in den USA, sieht Amerika die Erweiterung mehr denn je als eine Ausdehnung der Zone von Stabilität und Sicherheit. Stuart Eizenstat, ehemals Staatssekretär im amerikanischen Finanzministerium, erwartet sogar, eine erweiterte EU würde, begünstigt durch ihr größeres wirtschaftliches Gewicht, ein bedeutender außenpolitischer Akteur werden.

Offen bleibt jedoch, wie die EU und die USA mit einer solchen Konstellation umgehen werden. Beim Handel mit den Staaten Mittel- und Osteuropas befürchten die Amerikaner nach der EU-Erweiterung Einbußen und verlangen Kompensation. Roderick Abbott, stellvertretender Generaldirektor für Handel bei der Europäischen Kommission, wies diese Einschätzung zurück, da das Handelsvolumen der USA mit den Beitrittskandidaten sehr gering sei. Abbott prophezeit harte Verhandlungen: „Auch nach dem 11. September stellt sich die Frage, wer bereit ist, für die Erweiterung einen Preis zu zahlen.“

Die Konferenz fand in Washington in Zusammenarbeit mit dem Center for Transatlantic Relations an der Johns-Hopkins-Universität und dem Institut for Public Affairs (Bratislava) und mit Unterstützung des German Marshall Fund of the United States statt. Eine Dokumentation und weitere Informationen ab Januar unter [www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic](http://www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic).



Neue Handelskonflikte? Die transatlantischen Beziehungen im Hinblick auf die EU-Erweiterung. V.l.n.r.: Dan Hamilton, Center for Transatlantic Relations (SAIS), Patrick Abbott, stv. Generaldirektor für Handelsbeziehungen von der Europäischen Kommission, Anthony Wayne, U.S. Assistant Secretary of State for Economic and Business Affairs, Klaus-Dieter Frankenberger, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Daniel Daianu, ehem. Finanzminister Rumaniens

## Deutschland-Trendbuch in Berlin

Seit Jahrhunderten wagen sich Wissenschaftler an Zukunftsprognosen: steinzeitliche Runenwerfer, Hofastrologen, moderne Futurologen.



Stellten in Berlin die Zukunftsoptionen vor: Herausgeber Karl-Rudolf Korte, der Leiter der Abteilung politische Analysen und Grundsatzfragen im Kanzleramt, Wolfgang Nowak, Herausgeber und C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger und Manfred Weber, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands deutscher Banken (v.l.n.r.)

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, machte klar, warum sich das Deutschland-Trendbuch (siehe C·A·Publikationen) davon abhebt: „Es stellt keine Prognosen auf, sondern untersucht Optionen für die Zukunft.“ C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld erklärte bei der Präsentation des Buches in Berlin den Unterschied des Trendbuchs zum bisher erschienenen „Handbuch zur deutschen Einheit“: „Über zehn Jahre nach der Wiedervereinigung ändert sich der Fragehorizont. Das Trendbuch nimmt als zukunftsträchtiges Buch den Slogan ‚geteilte Vergangenheit – gemeinsame Zukunft‘ auf.“

Der Mitherausgeber des Trendbuchs Karl-Rudolf Korte nannte einen der aktuellen Trends, die für die Politik von Bedeutung sind: „Die Bevölkerung sehnt sich nach Entscheidern, nach Sicherheit und Vertrauen. Modernes Regieren muss problemorientiert gestaltet werden.“ Wolfgang Nowak, zuständig für politische Analysen und Grundsatzfragen im Bundeskanzleramt, hob hervor, dass das Trendbuch die Spuren der Zukunft in der Gegenwart suche. Die Daten des Trendbuchs basieren auf einer vom Bundesverband deutscher Banken initiierten Meinungsumfrage.

## Europarat kooperiert mit Netzwerk

Das Internationale Netzwerk „Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“ hat dem Europarat in Straßburg seine erste Publikation präsentiert: „The Power of Language. An Activity Guide for Facilitators“ – ein Handbuch für die politische Bildung, in dem die Bedeutung von Sprache in der Demokratieerziehung erkundet wird (siehe C·A·Publikationen). Der Europarat machte den Reader zum Bestandteil seiner Kampagne „European Year Of Languages“.

## SommerAkademie Europa

Mehr Aufmerksamkeit für Europa in der alltäglichen Regierungsarbeit der Mitgliedstaaten“ hat der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel angemahnt. Auf der „SommerAkademie Europa“ im oberbayerischen Kloster Seon stellte er in einem Redebeitrag zur aktuellen EU-Reformdebatte heraus, dass bei dem Druck, der derzeit auf Europa lastet, weniger große Zukunftsentwürfe als pragmatische Herangehensweise gefragt seien.



Europapolitik auf der Steinlingalm: Stefan Kornelius (SZ), András Inotai (Institut für Weltwirtschaft, Budapest), Joachim Schmillen (Auswärtiges Amt), und C·A·P-Direktor Werner Weidenfeld (v.l.n.r.)

Zum dritten Mal bot das Centrum für angewandte Politikforschung in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung die Sommerakademie Europa für den Führungsnachwuchs aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Medien an. Ende August diskutierten vierzig jüngere Führungskräfte aktuelle Reformstrategien für die erweiterte Europäische Union. Ziel der Sommerakademie ist, die Ergebnisse der Europaarbeit der Bertelsmann Stiftung und des C·A·P zu vermitteln, künftigen Entscheidungsträgern und

Meinungsführern in der Europapolitik die Gelegenheit zum offenen Austausch zu geben und ein tragfähiges Netzwerk zu schaffen.



## Der Euro leidet an einem Mangel an europäischer Identität

Von Holger Friedrich

Der vordergründige Eindruck nach mehr als drei Jahren Währungsunion ist positiv. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist der Euro an den Finanzmärkten akzeptiert. Die europäische Währung vertieft den Binnenmarkt und trägt zur makroökonomischen Stabilisierung Europas bei. Darüber hinaus erweist sich die gemeinsame Geldpolitik bisher als Garant für die Preisstabilität. Dieser Erfolg verbindet die Mitglieder und kommt ihrer Politik der Haushaltskonsolidierung zugute. Mit dem Euro ist Europa zugleich eine Stabilitäts- und Schicksalsgemeinschaft geworden.

Allerdings mehren sich angesichts der ersten Bewährungsprobe – des massiven konjunkturellen Abschwungs dieser Tage – die Zweifel an der Ernsthaftigkeit der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung. Die Haushaltsdefizite sind dieses Jahr wieder kräftig angestiegen. Strukturreformen werden verschoben, die Verbindlichkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird verwässert. Diese Entwicklung fördert nicht das Vertrauen in den Euro und die ihn konstituierenden Institutionen sondern den Verdacht, die WWU funktioniere nur zu konjunkturellen Schönwetterperioden.

Um dauerhaft erfolgreich zu sein und eine identitätsstiftende Wirkung zu entfalten, ist die WWU auf politische Einigkeit angewiesen. Genau darin liegt das Problem: In mangelnder Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen äußert sich nicht zu viel, sondern zu wenig Europa. Noch immer dominieren nationale wirtschaftliche Interessen, Arbeitslosenzahlen und Wachstumsraten die Debatte. Noch immer ist gerade in der größten Volkswirtschaft der Währungsunion die Skepsis groß gegenüber der neuen Währung und den europäischen Institutionen, vor allem gegenüber der EZB. Nur zwei von drei Bundesbürgern vertrauen der Zentralbank.

Unter solchen Voraussetzungen kann die WWU nicht erfolgreich sein, denn der Euro ist mehr als ein Zahlungsmittel. Die gemeinsame Währung ist ein Symbol für die Leistungsfähigkeit und den Einheitswillen der Menschen, die sie benutzen. Deshalb braucht der Euro die Überwindung des nationalen durch das europäische Bewusstsein.

Die Bringschuld für Vertrauen und Identität liegt bei der Politik. Während für die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik allein die EZB zuständig ist – ihr Erfolg bestimmt letztendlich die dauerhafte Sicherung der Geldwertstabilität – steht die Politik in den Mitgliedstaaten in der Verantwortung, die Bürger von der Tragfähigkeit gemeinsamen europäischen Handelns zu überzeugen. Dafür wird eine Klärung der Zuständigkeiten zwischen nationaler und europäischer Ebene ebenso notwendig sein wie eine Klärung der Zielrichtung gemeinsamer Politik. Dies wird eine kritische Auseinandersetzung mit den jeweiligen Bevölkerungen bedürfen, um den Prozess der politischen Willensbildung hinter der gemeinsamen Idee Europas zu festigen. Europa und seine Währung brauchen eine politisch-kulturelle Klammer um den Prozess der Marktliberalisierung und der Strukturreformen. Der Euro braucht europäische Identität, um erfolgreich zu sein – und er schafft sie. Je mehr die Herausbildung solch einer Identität gelingt, desto mehr wird auch der Euro den europäischen Einigungsprozess beflügeln.



Der Euro ist da. Doch wenn es der Politik nicht gelingt, auch eine europäische Identität herauszubilden, wird er nicht erfolgreich sein.

Foto: Europäische Kommission

Der Autor betreut am C·A·P das Projekt „Folgefragen des Euro“

## Moldawische Herausforderungen an Europa

**A**nfang November, die Temperaturen liegen unter dem Gefrierpunkt. In Moldawien wird noch nicht geheizt – das Land zählt zu den ärmsten Europas. Iris Kempe, Mitarbeiterin im Projekt „Sicherheit“ am C·A·P, erkundete die Lage in dem Land, an das der Westen wichtige symbolische Zugeständnisse gemacht hat: Moldawien ist zur Europäischen Konferenz eingeladen, und es ist Mitglied im Stabilitätspakt. Unter der kommunistischen Regierung des Präsidenten Voronin ist es allerdings weder zu einem ideologischen Kurswechsel noch zu einer Intensivierung der Beziehungen zu Moskau gekommen. Bei den Beziehungen zum Westen fehlen klare Signale für eine realistische Politik. Moldawien unterstreicht die Absicht zum EU-Beitritt – im Land schwelen derweil zwei Krisenherde: Die Provinzen Transnistrien und Gagausien wollen die Unabhängigkeit. Die moldawische Regierung übt Druck aus, um die Statusfrage zu klären und provoziert so neue Konflikte. An die Stelle bewaffneter Auseinandersetzungen Mitte der Neunziger Jahre sind Wirtschaftsboykotte getreten. Ein politischer Dialog zwischen den Parteien existiert momentan nicht. Europa wird eine langfristige Strategie für seine Nachbarn außerhalb der Assoziierungsabkommen brauchen.



Geldverdienen in Chisinau, der Hauptstadt Moldawiens: Straßenmusiker und eine Rentnerin (rechtes Bild), die Kleidungsstücke strickt und verkauft. Das Land kann ohne wirtschaftliche Hilfe aus dem Ausland nicht überleben.



## Verhandeln über den Balkan

**A**ls die Balkan-Konferenz Ende August in Berlin statt fand, wurde jedes Land der Region von einer akuten Krise heimgesucht. Kein Teilnehmer konnte sich in einer bloßen Beobachterrolle wännen. Kurz vor der Tagung war das Ohrid-Abkommen zwischen slawischen und albanischen Mazedoniern unterschrieben worden. Während die Teilnehmer in Berlin das Strategiepapier des C·A·P „Negotiating the Balkans“ diskutierten, kündigte sich in Montenegro eine Annäherung in der Referendumsfrage an. Im Kosovo wurde die Wahlvorbereitung von der Diskussion um die serbische Minderheit überschattet. Hinzu kam eine Krise der DOS-Regierung in Belgrad, ausgelöst vom Spannungsverhältnis zwischen serbischer Republik und jugoslawischer Föderation.

Seit Ende 1999 bringen Bertelsmann Stiftung und C·A·P regelmäßig Experten – Völkerrechtler, Balkan-Kenner und Konfliktforscher – mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amts zusammen. Im Sommer wurde beschlossen, die Beratungsergebnisse mit Entscheidungsträgern aus dem Balkan zu erörtern. So saßen in Berlin erstmals seit dem Sturz Milosevics Politiker und Intellektuelle aus der Region an einem Tisch. Eingeladen waren nicht nur Gemäßigte und Liberale wie der serbische Vizepremier Zarko Korac, der mazedonische Albanenführer Arben Xhaferi, der montenegrinische Außenminister Branko Lukovac oder der kosovarische Journalist Veton Surroi, sondern auch radikale Serbenführer aus dem Kosovo und Politiker der früheren Milosevic-Partei in Montenegro. Trotz der Krisen und dieses volatilen Teilnehmerkreises bestätigten die Diskussionen den Ansatz des Balkan-Forums: Da die verfahrenen Souveränitätsfragen durch internationale Diktate oder Balkankonferenzen Bismarckschen Typus' kaum lösbar sind, sollte man auf regionale Eigenverantwortung setzen und einen Rahmen für einen längeren, offenen Verhandlungsprozess vorgeben. Die Konferenz zeigte, dass die meisten Politiker sich der Dringlichkeit eines Verhandlungsarrangements bewusst sind und gesprächsbereit sind. Weiter Informationen unter [www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/soe.html](http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/soe.html).



Der serbische Vizepremier Zarko Korac (links) und Arben Xhaferi, mazedonischer Albanenführer

# Die neue Rolle Europäischer Sicherheitspolitik

Europas Rolle seit dem 11. September ist bisher wenig erörtert worden. Welche Herausforderungen ergeben sich für den internationalen Akteur EU? Das C·A·P hat, um darauf umfassende Antworten geben zu können, die Expertise aus verschiedenen Projekten zusammengeführt.

Im Rahmen der Venusberg-Gruppe wird seit mehr als zwei Jahren die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) analysiert. Dieser Expertenkreis behandelt spezifische Einzelthemen, die mit der ESVP zusammenhängen, wie beispielsweise jüngst die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsindustrie, das Zusammenwirken von EU und NATO oder die Beteiligung von Drittstaaten an der ESVP. Aus dieser Arbeit resultiert das Strategiepapier „Enhancing the European Union as an International Security Actor“, in dem ein bis 2030 angelegtes Zeitschema für den Ausbau der ESVP entwickelt wird.

Von einem umfassenderen Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik ausgehend trat im September 2001 erstmals die Studiengruppe „Europe's role in world affairs“ zusammen. In diesem Forum werden alle für das internationale Profil der EU relevanten Politikbereiche (von Handels- und Kooperationspolitik bis hin zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik) berücksichtigt. Ziel dieser Studiengruppe ist, die neue Rolle Europas in der Welt zu beurteilen und in ihrer Komplexität darzustellen. In direkter Reaktion auf die Ereignisse des 11. September wurde in der Bertelsmann Stiftung das Konzept für eine Taskforce „Zukunft der internationalen Sicherheit“ erstellt. Deren Aufgabe ist die Analyse von Sicherheitsrisiken für Deutschland und Europa, die sich durch den internationalen Terrorismus und asymmetrische Konfliktaustragung ergeben.

Die Analyse der ESVP wird vom C·A·P in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Die jeweiligen Arbeitsergebnisse werden in Form von analytischen Strategiepapieren mit Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Welche Auswirkungen und Konsequenzen sich aus dem gegenwärtigen Zustand der internationalen Politik für die Union gegenüber einzelnen Staaten, Regionen und auch für die innere Entwicklung der EU ergeben, wird in einer neuen C·A·P-Studie behandelt, die im Januar 2001 erscheint.

## Münchener Risikotage

Moderne Staaten werden mit terroristischen Bedrohungen leben müssen, absolute Sicherheit ist nicht zu haben“. Dies war eine Kernaussage der Podiumsdiskussion „Risiko und Politik“, die vom Kulturreferat der Stadt München im Rahmen der Münchner Wissenschaftstage im November veranstaltet wurde. Der stellvertretende C·A·P-Direktor Josef Janning, C·A·P-Geschäftsführer Jürgen Turek und die Politologen Professor Stephan Bierling, Stephan Klingebiel und Dirk Nabers untersuchten dabei künftige Konflikt- und Terrorismusformen (mehr unter [www.muenchen.de/referat/kultur/index.html](http://www.muenchen.de/referat/kultur/index.html)).



Auf Europa kommen neue Aufgaben zu. Welche Rolle die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik künftig spielen wird, klären Strategiepapiere des C·A·P  
Foto: Nato

## „Damit sie wissen, was wir tun“

Über ehrenamtliche Arbeit von Jugendlichen dringt wenig an die Öffentlichkeit – dabei engagieren sich junge Menschen in den unterschiedlichsten Bereichen. Deswegen berief das Bildungsprojekt „Erziehung zu Gemeinsinn und Gemeinschaftsfähigkeit“ der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik seine erste „Gemeinsinn-Werkstatt“ in der Nähe von Augsburg ein. „Denn sie wissen nicht, was wir tun!“ – um dies zu vermeiden, erarbeiteten jugendliche Multiplikatoren neue Konzepte und planten Aktionen, wie man auf Jugendengagement besser öffentlich aufmerksam machen kann.



Selbstorganisation und Freiraum bei der „Gemeinsinn-Werkstatt“

Die methodischen Grundlagen der Gemeinsinn-Werkstatt basieren auf einem Konzept, bei dem angenommen wird, dass jeder Mensch über unterschiedliche, wertvolle Kompetenzen verfügt und deshalb ein Experte ist. Die Jugendlichen konnten sich so ihrer jeweiligen Erfolge und Ressourcen bewusst werden. In gegenseitigen Interviews entdeckten die Beteiligten ihre positiven Erfahrungen und Visionen, die sie in ihrem Engagement gerade im Hinblick auf

Öffentlichkeitsarbeit entwickelt haben. Schließlich konnte ein konkretes Projekt erarbeitet werden: Ein gemeinsames Internetportal zur Vernetzung von Jugendpolitik. Die Gemeinsinn-Werkstatt kam bei den Jugendlichen gut an; nicht zuletzt, weil sie den Jugendlichen große Freiräume bietet und eigene Gestaltungsmöglichkeiten. So konnte ein außerordentlicher Grad an Motivation und Selbstorganisation entstehen.

## Das Sicherheitsverständnis der Jugend

Seit 1989 ist eine Generation herangewachsen, für die Europa gerade in Hinsicht auf Freiheit und Freizügigkeit selbstverständlich ist. Andererseits findet besonders in den Ländern des ehemaligen Ostblocks eine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen nationalen Identität statt. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden EU-Erweiterung und auch den Ereignissen des 11. Septembers verbinden Jugendliche die Frage nach ihrer Zukunft eng mit Fragen nach der persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Sicherheit.



Das polnische Team bei der Ausbildung im Rahmen der Peer-Group-Studie zum Thema „Sicherheitsverständnis bei Jugendlichen“

Das Institute for German Studies der Universität Birmingham und die Forschungsgruppe Jugend und Europa haben dies zum Anlass genommen, um gemeinsam mit jeweils lokalen Partnern in Russland und Polen eine jugendgemäße Auseinandersetzung mit der hier skizzierten Fragestellung zu ermöglichen. Nach wissenschaftlichem Briefing und methodischer Schulung durch die Kooperationspartner gehen jugendliche Teams selbstverantwortlich in Ost und West mittels qualitativer Gruppeninterviews mit Gleichaltrigen dem jeweiligen

Sicherheitsverständnis auf den Grund.

Mit der Ausbildung des polnischen Teams im Sommer 2001 und der nachfolgenden Interviewphase ist nun die Datenerhebung für alle beteiligten Länder abgeschlossen. Eine erste Auswertung wird Anfang 2002 erwartet. Mit dem Ansatz der partizipativen Einstellungsforschung möchte das Projekt einen Beitrag zur Entwicklung eines europäischen Diskurses über Sicherheit mit und unter Jugendlichen leisten.

## Politische Bildung im finanziellen Würgegriff – Herausforderung an die Politik

Von Stefan Rappenglück

Die Sensibilisierung junger Menschen für die Politik – noch dazu auf europäischer Ebene – gehört zu den schwersten Aufgaben zeitgemäßer politischer Bildung. Politische Bildung bietet in einer unübersichtlich werdenden Welt Orientierungsmarken. Doch sie hat die Zeiten, in denen sie als wesentliches Bildungselement verstanden wurde, hinter sich gelassen und muss sich inzwischen um ein neues Selbstverständnis, um Legitimation und um finanzielle Perspektiven bemühen. Die gegenwärtigen umfangreichen Evaluierungen zu Wirkung und Formen politischer Bildung sind daher zu begrüßen. Anlass zur Sorge gibt jedoch, dass trotz dezidierter Warnungen von Trägern der Bildungsarbeit politische Bildung zunehmend dem Markt überlassen wird. Außerdem wird ihr vor dem Hintergrund vermeintlicher Politikverdrossenheit attestiert, sie erreiche weder ihre Zielgruppe noch sei sie innovativ.

Die wachsende Tendenz zur kurzfristigen Projektförderung beeinträchtigt eine kontinuierliche Arbeit – der bildungspolitische Auftrag gerät zwangsweise in den Hintergrund. Einsparungen beim Personal führen zur Qualitätsminderung. Politische Bildner werden immer mehr zu Jägern und Sammlern und wandelnden Profitcentern auf der Suche nach Sponsoren, um ihre Angebote zu finanzieren und den Vorwurf zu entkräften, am Tropf öffentlicher Mittel zu hängen. Sie verbringen mehr Zeit für Bewilligungsanträge als für die eigentliche inhaltliche Arbeit.

Es wäre überzeichnet zu sagen, politische Bildung würde kaputt gespart. Dennoch steht die politische Bildung vor einer prekären Finanzsituation, da die Förderung permanent zurückgeht und kurzfristige Themen, für die gerade Geld da ist, die Inhalte und Förderungspraxis bestimmen.

Weil die öffentlichen Gelder des Bundes ausgeschöpft sind, wird die Kofinanzierung durch europäische Mittel als Allheilmittel dargestellt. Der Mythos europäischer Bürokratie scheint in diesem Punkt tatsächlich angebracht: Lange Vorlaufzeiten, mangelnde Kenntnis der Förderlandschaft vor Ort, Kompetenzgerangel und schlechte Zahlungsmoral prägen europäische Bewilligungen. Für viele Träger stellt die EU-Förderpraxis mit hohem notwendigen finanziellen Eigenanteil ein erhebliches Problem dar. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind Personen und Initiativen, die gerade dazu beitragen wollen, das öffentliche Bild über Europa zu verbessern.

Fundierte inhaltliche Arbeit wird durch die Notwendigkeit, sie am freien Markt anbieten zu müssen, erschwert. Rechnungshöfe bestimmen oft den Inhalt der Angebote und stellen die letzte Instanz für die Ausrichtung und Wirkung dar. Die Antragsprüfer wirken innovationshemmend. Es scheint, als ob künftig das Controlling die Inhalte der politischen Bildungsarbeit bestimmt.

Da im öffentlichen Bereich zu wenig Mittel für die politische Bildung vorhanden sind, sind Wirtschaft und private Stiftungen aufgefordert, politische Bildung als wesentliches Element einer demokratischen Bürgergesellschaft stärker zu fördern.

Politische Bildung braucht Kontinuität und kann sich nicht ausschließlich auf zeitlich befristete Projekte stützen. Vor allem aber fehlt es offenbar an einem intensiven Dialog zwischen Politik und der praktischen Verwaltungsumsetzung. Diesen Fragen wird sich die Forschungsgruppe Jugend und Europa verstärkt annehmen.



Dr. Barbara Tham, Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa, erhielt Anfang Dezember von Reinhold Bocklet, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, die „Medaille für besondere Verdienste in einem Vereinten Europa“.

Der Autor ist Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P



Professor Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des C·A·P, wurde Ende Oktober im Plenarsaal des Europarats in Straßburg der Europäische Kulturpreis der Europäischen Kulturstiftung verliehen (siehe Foto). Die Stiftung zeichnet mit dem Preis besondere Verdienste um die Einigung Europas aus. Die Laudatio hielt der ehemalige Chefredakteur der „Zeit“, Roger de Weck.

Professor Weidenfeld wurde ferner in den Stiftungsrat der Stiftung „Internationaler Karlspreis zu Aachen“ berufen und in den Exekutivausschuss des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin gewählt. Vorsitzender dieses obersten Leitungsgremiums der DGAP ist Außenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher.

Seit diesem Herbst ist Professor Weidenfeld außerdem Mitglied der „Expertengruppe Europa der Deutschen Bischofskonferenz“. Diese Expertengruppe berät die Deutsche Bischofskonferenz bezüglich ihres Engagements auf der Ebene der Europäischen Union.



Vize-Präsident der Weltbank Johannes Linn (mitte) bei seinem Besuch am C·A·P. Diskutiert wurden vor allem Fragen der EU-Osterweiterung und der direkten Nachbarschaft einer erweiterten EU. Johannes Linn ist bei der Weltbank verantwortlich für Osteuropa und Zentralasien.

## Gespräche am C·A·P

Neben dem Vize-Präsident der Weltbank Johannes Linn (siehe Foto) waren im Herbst Gary Smith, Direktor der „American Academy“ in Berlin und Professor Elisa Reis von der Universität Rio de Janeiro am C·A·P zu Gast. Ferner empfing Professor Weidenfeld den Bürgermeister von Hiroshima, Kadatoshi Akiba, und den Direktor der „Hiroshima Peace Culture Foundation“ Yasuo Hamamoto am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München zu einem Gedankenaustausch über Toleranzforschung.

## Europa im Webkurs – das „EUSC“

Internationalität, Interdisziplinarität und Internet sind die Eckpfeiler des „European Union Studies Certificate – EUSC“. Kooperationspartner des innovativen Webteaching-Projekts sind das C·A·P, das Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft an der Universität München und das University System of Georgia, ein Verbund von über dreißig Colleges und Universitäten im südlichen US-Bundesstaat. Professor Werner Weidenfeld empfing Ende Oktober die amerikanische Delegation zur feierlichen Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung am C·A·P.

Ab sofort absolvieren Studenten in Georgia und München im virtuellen Seminarraum gemeinsam Webkurse zum Schwerpunkt Europäische Union. Die Teilnehmer erwerben ein wechselseitig anerkanntes Zertifikat, das ihre Fachkenntnisse zur Europa- und Transatlantikpolitik dokumentiert. Zudem erhält die wissenschaftliche Ausbildung durch den Umgang mit E-Learning-Tools eine zeitgemäße, arbeitsmarktorientierte Ergänzung.

Das Projekt hat Modellcharakter: Sämtliche Lehrinhalte und Kursmaterialien wurden von Anfang an in interdisziplinären und internationalen Teams entwickelt. Zentrale Fragestellungen des europäischen Einigungsprozesses und des transatlantischen Verhältnisses werden aus der Perspektive von vier Fachdisziplinen behandelt: Politik-, Wirtschafts-, Geistes- und Naturwissenschaften. Deutsch-amerikanische Dozententeams bieten die ersten internetgestützten Seminare „EU-US Relations“ sowie „European Monetary Union“ bereits dieses Semester an.



Vice-Chancellor Frank Butler vom University System of Georgia und C·A·P-Direktor Werner Weidenfeld, geschäftsführender Direktor des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft, unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung

## Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001

Das Jahrbuch der Europäischen Integration dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Die Regierungskonferenz, die mit dem Vertrag von Nizza abgeschlossen wurde, bildet den Schwerpunkt des diesjährigen Bandes. Mit der Vertragsrevision ist der erste Schritt einer tief greifenden Neugestaltung der europäischen Institutionen getan. Alle Politikbereiche der Europäischen Union müssen nun auf den Prüfstand, um die Union auf die Erweiterung vorzubereiten. Die Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten müssen sich den Herausforderungen der Erweiterung und der Debatte über die zukünftige Gestalt eines erweiterten Europa stellen. In über siebzig Beiträgen zu diesen Themenbereichen zeichnen die Autoren die Ereignisse des Zeitraums 2000/2001 nach und schaffen so seit dem ersten Erscheinen des Jahrbuchs vor 21 Jahren eine einmalige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte.

## Deutschland-Trendbuch

In welche Richtung treibt das wiedervereinigte Deutschland? Welche Trends sind erkennbar? Welche politischen Handlungsoptionen ergeben sich daraus? Die Trendanalysen der 24 Autoren spüren den gesellschaftlichen, wohlfahrtstaatlichen, politischen und kulturellen Aspekten der bundesrepublikanischen Wirklichkeit nach. Dabei benennen sie Problembereiche und entwickeln Lösungsansätze. Das Trendbuch bietet beides: faktenorientierte Wissensvermittlung und die Herausarbeitung von wichtigen Gesellschaftstrends. Historische Entwicklungsbilanzen und aktuelle Bestandsaufnahmen geben Auskunft über die Wandlungsprozesse innerhalb zentraler Lebens- und Arbeitsbereiche der Deutschen, angereichert durch Daten und Grafiken. Die Standortbeschreibung Deutschlands wird durch die Herausarbeitung von Trends ergänzt. Das Buch bildet damit auch eine Orientierungshilfe für die Politik: Nicht nebulöse Zukunftsprognosen, sondern Trends, die auf einer nachvollziehbaren Entwicklungslogik basieren, bilden die Grundlage dafür, Modernisierungsprozesse einzuordnen sowie die Perspektiven und Alternativen anstehender Reformen aufzuzeigen. Die formulierten Trendoptionen leisten somit einen wertvollen Beitrag zur Debatte über die Zukunft Deutschlands.

## The Power of Language

Sprache bildet die Grundlage für jegliche Bildungsarbeit. Der Gebrauch dieses Werkzeugs wird jedoch nur selten hinterfragt. Was bedeutet Sprache für die Arbeit mit einer Gruppe? Was bedeutet Sprache für die Identität des Einzelnen? Welcher Zusammenhang besteht zwischen Sprache und Menschenrechten? „The Power of Language“ bietet Hintergrundinformationen und zahlreiche Übungen an, um sich mit den Themenkomplexen „Sprache und Identität“, „Kultur, Sprache und Macht“ und „Konflikte“ auseinanderzusetzen sowie Methoden, um dieses Thema in internationalen und interkulturellen Konferenzen und Seminaren im Bewusstsein zu halten. Hinweise zu Modell-Workshops, Moderationen, Hintergrundliteratur sowie Informationen zur Sprachsituation in unterschiedlichen Ländern ergänzen die Veröffentlichung. Das Buch ist von Praktikern für Praktiker in Schulen, der politischen Bildungsarbeit, der interkulturellen Arbeit und in der Menschenrechtsarbeit geschrieben. „The Power of Language“ ist im Rahmen des Europäischen Jahres der Sprachen 2001 erschienen, einer Initiative des Europarats.



WERNER WEIDENFELD / WOLFGANG WESSELS (HRSG):  
**Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001**  
Bonn 2001, ISBN 3-7713-0600-0,  
567 Seiten, 89 DM



KARL-RUDOLF KORTE / WERNER WEIDENFELD (HRSG):  
**Deutschland-Trendbuch. Fakten und Orientierungen**  
Opladen 2001, ISBN 3-8100-3212-3, 737 Seiten, 48,80 DM



FLORIAN WENZEL / MICHAEL SEBERICH (HRSG):  
**The Power of Language. An Activity Guide for Facilitators**  
Gütersloh 2001, ISBN 3-89204-577-1, 182 Seiten, 28 DM

10. Januar 2002

„Transatlantic Issues Series“ mit Professor Roy Ginsberg, Skidmore College, zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU nach dem 11. September. Ort: C·A·P. In Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Generalkonsulat München.

22. - 24. Mai 2002

Tagung für Betzavta-Trainer im Haus Sonnenberg im Harz (Programm zur Demokratie- und Toleranzerziehung). Informationen bei Susanne Ullrich, Tel: 089 – 2180 1335

Das C·A·P blickt auf ein erfolgreiches Jahr der angewandten Politikforschung zurück. Gemeinsam mit seinen Partnern hat es dabei manche Etappe und viele Ziele erreicht. Dies wünschen wir uns auch für das kommende Jahr. Für den Augenblick bleibt, allen Beteiligten für ihre freundliche Kooperation, tatkräftige Hilfe und harte Mitarbeit recht herzlich zu danken. In diesem Sinne wünscht das C·A·P Ihnen allen eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr.

## C·A·PANORAMA

erscheint drei bis vier Mal jährlich und wird herausgegeben vom  
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)  
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld  
Maria-Theresia-Straße 21  
81675 München  
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329  
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de  
www.cap.uni-muenchen.de  
V.i.S.d.P.: Jürgen Turek  
Redaktion und Layout: Dominik Müller-Russell  
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,  
Roman Maruhn, Dominik Müller-Russell  
Druck: Bartels&Wernitz Offset Druck, Friedenstr. 4,  
81671 München

# Sinkt der Stern der Nato?

von Wolfgang Bücherl

Nach dem 11. September hat der amerikanische Präsident Bush neue Akzente in der Bündnispolitik der Vereinigten Staaten gesetzt. Beim Treffen mit Nato-Generalsekretär Robertson am 10. Oktober sagte er, die Nato sei der „Eckstein“ der Anti-Terror-Koalition, diese Koalition gehe jedoch „weit über die Nato hinaus“. Zwar ist nach den unilateralen Tendenzen im Frühjahr und Sommer diesen Jahres in Washington die Überzeugung gewachsen, dass Amerika auch in Zukunft Verbündete brauchen wird. Das nordatlantische Bündnis scheint jedoch just in dem Moment, in dem es zum ersten Mal den Bündnisfall erklärt hat, für Amerika obsolet geworden zu sein.

Der 11. September hat die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Bis vor kurzem bestanden noch Befürchtungen, die EU entferne sich durch die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik von der Nato und werde sie durch den Aufbau eigener Kapazitäten irrelevant machen. Seit dem 11. September ist es hingegen die amerikanische Regierung, die durch ihre Zurückhaltung den Eindruck erweckt, sie betrachte das transatlantische Sicherheitsbündnis als wenig hilfreich für seinen globalen Feldzug gegen den Terror. Weder an der Willensbildung noch an der militärischen Organisation wurde die Nato als Instanz bislang am Krieg in Afghanistan beteiligt.

Die Zurückhaltung der Amerikaner gegenüber einer institutionalisierten Einbindung der Europäer hat handfeste Gründe. Auf eine Abstimmung mit den Europäern bei den Kampfhandlungen in Afghanistan hat man bislang aufgrund der Erfahrungen im Kosovo-Krieg verzichtet. Die Ausnahme bildet lediglich Großbritannien, das Amerika durch traditionell „besondere Beziehungen“ verbunden ist. Im Kosovo – so die Sichtweise Washingtons – habe die multilaterale Abstimmung in den Gremien der Nato die Effektivität des Einsatzes gemindert. Eine globale Anti-Terror-Koalition, welche sich ad hoc zusammenfindet und keine festen Strukturen hat, sichert hingegen die Führerschaft Washingtons im Feldzug gegen den Terrorismus. Hinzu kommt, dass die planerischen und operativen Möglichkeiten der Europäer und Kanadier zu begrenzt sind, um mehr als eine ergänzende Rolle zu spielen.

Für die Nato bedeutet die gegenwärtige Entwicklung einen Verlust an Prestige und Einfluss in Washington. Andere Akteure gewinnen an Bedeutung in der amerikanischen Außenpolitik. Vor allem Russlands Beziehungen zu Amerika haben einen Aufschwung erfahren. Präsident Putin hat gleich nach dem 11. September die Chance ergriffen und den USA die Tür zur Stationierung amerikanischer Soldaten in Zentralasien geöffnet. Eine Einigung über strittige Fragen wie Raketenabwehrpläne und die Zukunft des ABM-Vertrages ist außerdem in Sichtweite.

Ob der Stern der Nato als Bündnis kollektiver Verteidigung nach dem 11. September sinkt, bleibt zunächst offen. Das Bündnis muss einen seiner Strategie immanenten Widerspruch auflösen: 1999 gab sich die Nato neue Aufgaben der Krisen- und Konfliktbewältigung mit globaler Dimension – wie den Kampf gegen Terrorismus –, sie umschrieb jedoch den euroatlantischen Raum als ihre geografische Reichweite. Die unterschiedlichen Interpretationen vor allem von Amerikanern und Franzosen, wie weit dieser Raum reiche, sind noch in guter Erinnerung. Die Zeiten haben sich geändert. Jetzt ist es Amerika, das die Bekämpfung des globalen Terrors nicht im Rahmen der Nato durchführen will.

*Der Autor betreut am C·A·P das transatlantische Projekt „Improving Responsiveness to International Change“*